

# Märkische Oderzeitung



## Virtuelle Politiker-Sprechstunden

Von Andreas Wendt

Potsdam (MOZ) Erstmals stehen Brandenburgs Landtagskandidaten online mit dem Wähler im Dialog. Über die Portale [www.abgeordnetenwatch.de](http://www.abgeordnetenwatch.de) und [www.wahlbotschafter.de](http://www.wahlbotschafter.de) haben Bürger inzwischen über 400 Fragen gestellt - mit der Beantwortung tun sich die Politiker teilweise noch schwer.

Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus (CDU) hat sich bemüht: Der umstrittene CDU-Spitzenkandidat hat vor dem Urnengang 69 Fragen über das bundesweite Portal [www.abgeordnetenwatch.de](http://www.abgeordnetenwatch.de) erhalten und alle brav beantwortet. Genützt hat es ihm nichts, er hat nach den Ergebnissen der Landtagswahl das Handtuch geworfen. Seine Kollegen Peter Müller (CDU) aus dem Saarland und Stanislaw Tillich (CDU) aus Sachsen stehen Althaus im Online-Kontakt mit dem Wähler kaum nach. "Die Spitzenkandidaten nehmen das sehr ernst" sagt Gregor Hackmack, Mitbegründer und Betreiber des Internet-Portals. Aber es gebe auch Politiker, die Transparenz scheuen würden.

Brandenburg beispielsweise tanzt da ein wenig aus der Reihe. Seit in der Mark alle Direktkandidaten über die Plattformen [www.abgeordnetenwatch.de](http://www.abgeordnetenwatch.de) und [www.wahlbotschafter.de](http://www.wahlbotschafter.de) kontaktiert werden können, steigt die Zahl der Zugriffe von Tag zu Tag. Mehr als 400 Mal haben Wähler die Kandidaten mit Fragen gelöchert, beantwortet wurden jedoch auf beiden Portalen nur rund 70 Prozent. Für Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) liegen auf beiden Webseiten neun Fragen vor - reagiert hat er bislang nur auf eine. "Das ist ziemlich unüblich, dass ein Spitzenkandidat Fragen nicht beantwortet", sagt Hackmack mit Verweis auf Thüringen, wo sich Amtsinhaber Althaus mit seinen Konkurrenten Ramelow (Linke) und Matschie (SPD) in der Beantwortung von Online-Fragen ein Kopf-an-Kopf-Rennen lieferte.

In Brandenburg liegt bislang Kerstin Bednarsky (Linke) mit zehn beantworteten Fragen an der Spitze. "Das macht zwar einen Haufen Arbeit, aber ich möchte dem Wähler auch ordentliche Antworten geben", sagt die Landespolitikerin, die selbst privaten Fragen nicht ausweicht. "Es muss jeder für sich entscheiden, was er von sich preis gibt", sagt sie. Dierk Homeyer (CDU), hat immerhin seine acht Fragen beantwortet, die sich zumeist mit innenpolitischen Themen befassen. "Ich finde das ausgesprochen spannend", sagt Homeyer.

Unter dem fiktiven Namen "Manfred Stiller" testete die Märkische Oderzeitung, wie ernst es die Abgeordneten tatsächlich mit Online-Anfragen nehmen. Zehn Landtagskandidaten von CDU, SPD, FDP, Linke und B90/Grüne aus Ostbrandenburg stellte die Redaktion zwei Fragen: Welche Position beziehen Sie zur unterirdischen Speicherung von Kohlendioxid in Brandenburg? Und: Was wollen Sie tun, um KITAS in Brandenburg personell besser auszustatten?

Vier Wochen, nachdem die beiden Fragen auf [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) online gestellt und von den Betreibern des Portals an die Kandidaten weitergeleitet worden sind, bleiben vier der zehn eine Antwort schuldig.

Bernhard Sooth (FDP) aus Märkisch-Oderland, Gregor Beyer (FDP) aus Barnim sowie Volker Nagel (B90/Grüne) aus Märkisch-Oderland reagierten gar nicht. "Das ist ein Medium, das ich bisher nicht so genutzt habe", entschuldigt sich Volker Nagel und gelobt Besserung. Stellvertretend für Thomas Lunacek (CDU) schreiben die Betreiber der Seite, dass sie mangels einer E-Mail-Adresse "gar keine Möglichkeit haben, Herrn Lunacek über Ihre Frage zu informieren."

"Manche denken, sie brauchen das Internet nicht und haben schon alles in Sack und Tüten", sucht Kerstin Bednarsky (Linke) nach einer Erklärung dafür, warum einige Politiker die Fragen von Wählern bislang schlichtweg ignorieren.

Die anderen sechs Kandidaten - Dierk Homeyer (CDU), Elisabeth Alter (SPD), Britta Stark (SPD), Kerstin Kaiser (Linke), Peer Jürgens (Linke) und Sabine Niels (B90/Grüne) - antworten schnell und ausführlich, ohne inhaltlich von den Auffassungen ihrer jeweiligen Partei abzuweichen. Die CCS-Technologie, betont Kerstin Kaiser in ihrer Antwort, verschlinge viel Energie und sei mit hohen Kosten verbunden, die der Verursacher tragen müsse. Die Kandidaten Homeyer (CDU) und Stark (SPD) verteidigen dagegen das Verfahren. Die Erforschung der CO<sub>2</sub>-Speicherung, so Dierk Homeyer, sei derzeit der einzige Weg, die Braunkohle auf Dauer in Brandenburg und Deutschland wettbewerbsfähig und umweltfreundlich zu halten.

Verbindliche Stellungnahmen werden auch von Ministerpräsident Platzeck eingefordert. Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) erinnert Platzeck daran, auf entsprechende Fragen im Internet zu antworten. Dort wollen Bürger von ihm wissen, wie die Landesregierung zur Gewässerprivatisierung steht und wie sie gedenke, die Privatisierungsgegner zu unterstützen. Hoffnungen dürfen sich die Fragesteller hier durchaus machen, denn sie umgingen die Kandidatenportale und wandten sich stattdessen an [direktzu.de/platzeck](http://direktzu.de/platzeck). Allein unter dieser Adresse pflegt der sozialdemokratische Spitzenkandidat bislang recht zuverlässig den Kontakt zum Volk.

Donnerstag, 03. September 2009 (18:10)